

Resultat der Ideologie der AfD zu nennen (Deutscher Bundestag 2018b: 5998). Damit dürfte er die Intentionen der AfD gut beschrieben haben: Schließlich verfügt die AfD über viele gut ausgebildete Jurist*innen, die wissen, dass ein quasi-Verbot des Korans rechtlich im Widerspruch zum Grundgesetz steht. Ihr geht es wohl vielmehr um die politische Wirkung des Antrags, um ein Agenda-Setting.

Die Abgeordnete und religionspolitische Sprecherin der Linken, Christine Buchholz, zentriert ihre Rede auf Muslim*innen, beklagt die zahlreichen Straftaten gegen Muslim*innen und ihre Einrichtungen sowie eine zunehmende Verunglimpfung des Islams durch die AfD. Dabei vergleicht sie das Vorgehen der AfD mit Antisemiten des 19. Jahrhunderts, die etwa einzelne Zitate aus dem Alten Testament gerissen hätten, um gegen Juden zu agitieren (Deutscher Bundestag 2018b: 5903).

Sie nimmt im Gegensatz zu ihrem Parteikollegen Straetmanns eine klar politisch-antifaschistische Position ein, geht durchaus kenntnisreich auf das Wesen der Scharia ein und weist der AfD ein hohes Bedrohungspotenzial für die gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik zu – ohne ihre verstärkende Rolle für die »faschistische Bewegung« zu vergessen (Deutscher Bundestag 2018b: 5904).

Vehement verwahrt sich Buchholz gegen das Narrativ, wonach Islam und Muslim*innen gefährlich seien: »Die Gefahr für die Demokratie kommt nicht von den Muslimen, sondern kommt von rechts.« (Deutscher Bundestag 2018b: 5904) Somit bekräftigen Straetmanns und Buchholz den Eindruck, der bei der Analyse der Parteiprogramme entstand: Ein kohärentes, auch ideologisch geprägtes, islampolitisches Verständnis, welches im Kern die Abwehr diskriminierender Stereotype und Konstruktionen in den Mittelpunkt der Argumentation setzt und dabei zugleich den politischen Gegner frontal angreift, ohne sich auf eine kulturelle Anerkennung des Islams einzulassen. Die in der Bundestagsdebatte von der Linken vertretene Position ist gemeinsam mit der Rede von Karl-Heinz Brunner (SPD) und Filiz Polat (Grüne) am ehesten frei von islamfeindlichen Stereotypen und Narrativen.

4.4 Synoptische Analyse der Bundestagsdebatten

4.4.1 Bedrohungsszenarien?

Die Analyse der Bundestagsdebatte, die eine Woche nach dem Terroranschlag auf die Redaktion der französischen Satirezeitschrift Charlie Hebdo geführt wurde, exemplifiziert im Großen und Ganzen in verdichteter Form, was in der Analyse der Parteiprogramme hinsichtlich konstruierter muslimischer Bedrohungsszenarien im Diskurs zu Tage gefördert wurde (vgl. Kap. 4.2.1). Zugleich ist der Ton der Debatte angesichts des kurz zurückliegenden Attentats staatstragend; parteipolitische Auseinandersetzungen gibt es kaum. Vielmehr kristallisiert sich ein

überparteilicher Konsens heraus, der den Angriff auf die Redaktion als Angriff auf die Demokratie, *unsere* Freiheit oder auch auf die Pressefreiheit verurteilt. Die symbolisch-kommunikative Dimension des Terroranschlags wird also als ein Angriff auf Europa geframed, die Verurteilung des Anschlags bei vielen Redner*innen in eine Kriegsrhetorik eingebettet, die sich immer wieder Bahn bricht. Historische Lern- und Entwicklungsprozesse in Europa werden betont, um sie der anderen Seite implizit abzusprechen. Dazu gehören in erster Linie die Überwindung der Gewalt in politischen Auseinandersetzungen, das Recht auf Presse- und Kunstfreiheit sowie das Recht, alles kritisieren zu dürfen – auch wenn es für andere schmerzhaft sei. Einzig Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) verweist auf die Notwendigkeit, dass Satire den gesellschaftlichen Frieden nicht stören dürfe, indem sie auf Kosten anderer agiere.

Was programmatisch insbesondere bei den Unionsparteien als wiederholte Unterteilung in gute und gefährliche Muslim*innen diskursiv gesetzt ist, erscheint auch im Parlament als grundsätzliche politische Orientierung: Die Scharia wird pauschal zum Anrufungsobjekt der beiden Parteien, die sich als Hüterinnen und Bewahrerinnen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verstehen. Gewalt im Namen des Islams wird verurteilt und abgelehnt, zugleich betont, dass auch Muslim*innen Opfer von Terrorismus sind. Als Regierungschefin vergisst Angela Merkel jedoch nicht, die Entschlossenheit der Regierung im Kampf gegen den Terrorismus zu unterstreichen, indem sie die getroffenen sicherheitspolitischen Maßnahmen betont. Zugleich ruft sie in ihrer ambigen Rede immer wieder dazu auf, Muslim*innen nicht pauschal zu verurteilen, zitiert Alt-Bundespräsident Wulff (CDU) mit seiner Zugehörigkeitserklärung, schränkt diese allerdings mit Verweis auf existierende Zweifel und Ängste in der Bevölkerung massiv ein und fällt damit hinter ihre eigene Zugehörigkeitserklärung aus dem Jahr 2015 zurück (vgl. Kap. A2, Tab. 32).

Die Verurteilung von Terrorismus und die Bekräftigung von Demokratie und Freiheit ist bei der SPD in Ton und Duktus ähnlich wie bei den Unionsparteien. Thomas Oppermann entwirft ein weites diskursives Panorama, das in nucleo die Spannweite des offiziellen Islamdiskurses spiegelt: Von Einwanderung, über Medienbilder, über den *war on terror* bis hin zu einer impliziten Zugehörigkeitserklärung ist jedes bekannte Thema aus dem Diskurs verknüpft. Der erfahrene Parlamentarier kritisiert zudem, wie Norbert Lammert, die zunehmende Hetze gegen Muslim*innen in der Öffentlichkeit und warnt vor einem weiteren Erstarken von Pegida und der zum Zeitpunkt der Rede noch nicht im Bundestag vertretenen AfD – eine weitere Konstante bei praktisch allen Redner*innen.

Besonders bei Gregor Gysi (Linke) tritt dieses Motiv hervor: Anders als die meisten übrigen Redner*innen, spricht er nicht über Islam und vermeintliche Versäumnisse bzw. Bedrohungslagen in der muslimischen Community, sondern zentriert seine Rede auf die Ursachen von Terrorismus und Gewalt sowie Pegida und Rechts-

extremismus in Deutschland und reißt den Diskurs damit aus seiner gewohnten Bahn: Nicht Kultur, Religion und feindliche Einstellungen gegen Europa und die Demokratie seien verantwortlich, sondern *westliche* Kriege gegen ehemals souveräne Staaten wie Irak und Afghanistan seien die Wurzel des Übels. Entsprechend fordert Gysi nicht mehr sicherheitspolitische Maßnahmen, sondern mehr Demokratie sowie den Schutz der muslimischen Community vor Anfeindungen und Gewalt durch rechtsextreme Strukturen.

In eine ähnliche Richtung tendieren die Grünen, deren Redner, Anton Hofreiter, in Teilen eine antirassistische Rede hält, obwohl er die Kriegsrhetorik vom Kampf der Freunde der Freiheit gegen die Feinde der Freiheit aufrechterhält. Allerdings, und hier verlässt er durchaus die ansonsten von muslimischen Bedrohungsszenarien durchgezogene Parteilinie, betont er als einziger Redner, dass die Attentäter auf die Redaktion der Satirezeitschrift zwar Muslime waren, aber eben europäische Muslime, das Problem der Gewalt somit hier entstanden sei und mitnichten die Manifestation eines Clash of Civilizations bedeute. Vielmehr müssten die etablierten politischen Kräfte alles in ihrer Macht Stehende tun, den erstarkenden Rechtsextremismus durch Pegida und AfD einzuhegen, da diese nicht nur eine Gefahr für die Demokratie darstellten, sondern auch für deutsche Muslim*innen.

Somit changiert die Debatte um die Anschläge auf die Redaktion von Charlie Hebdo zwischen Ausschluss und Einschluss, zwischen Kriegsrhetorik und Appellen an gesellschaftlichen Zusammenhalt und Opferschutz für Muslim*innen, zwischen identitärer Selbstvergewisserung und feindlicher Abwertung. Im Parlament kommen die Parteien – trotz aller Rhetorik – viel differenzierter zu Wort als in ihren Programmen. Es scheint fast so, als hätten die Parteien im erstarkenden Rechtsextremismus die größere Gefahr für die Demokratie gesehen. Die wiederholten Warnungen vor Pegida und AfD, die auf einen impliziten, parteiübergreifenden Konsens deuten, müssen in der historischen Rückschau von nun acht Jahren als letzte Warnungen vor dem politischen Dammbbruch betrachtet werden. Insbesondere im Vergleich zu den anderen beiden islampolitischen Debatten, die unter Beteiligung der AfD geführt und in dieser Studie analysiert wurden, fällt der ruhige Ton und die Abwesenheit von Hetze auf. Das alte politische System, so kann man überspitzt sagen, sollte nach dem Einzug der AfD in den Bundestag 2017 nicht mehr das Alte sein. Das Agenda-Setting der Partei hat in islampolitischen Fragen und Auseinandersetzungen die hier demonstrierte Einigkeit gegen rechts zersetzt, wie die weiteren Synopsen zeigen werden.

4.4.2 Ausgrenzungen

Öffentliche und politische Debatten zum Thema Integration von Zugewanderten gibt es nicht erst seit die AfD in den Bundestag eingezogen ist. Neu ist allerdings die Verschärfung der Tonlage durch das Agenda-Setting der Rechtspopulist*innen,

die die etablierten Parteien mit provokanten Anträgen diskursiv in die Enge treiben. Nun lässt sich in solchen Fragen nur schwer eine direkte Kausalität ausmachen. Schaut man sich aber den Verlauf solcher Debatten unter Beteiligung der AfD an, so wird schnell ersichtlich, dass die Diskurshoheit bei ihr liegt. Nicht nur gehen die anderen Parteien immer wieder auf ihre Argumentation ein, die meist mit kulturalistischen und grob pauschalisierenden Aussagen über Muslim*innen und als solchen Markierten operiert, sondern sie versuchen häufig auch, sich als besonders eifrige Befürworter von Integration und anderen erzieherischen Maßnahmen in Szene zu setzen.

Die der Debatte zugrundeliegenden Anträge, die allesamt von der AfD eingebracht wurden, atmen den Geist der totalen Feindschaft und des Kulturrassismus, die sich auch in der Antragsbegründung im Parlament fortsetzten. Der Abgeordnete Baumann von der AfD zeichnet in seiner Rede ein Schreckbild, demzufolge Deutschland in Gefahr sei, die AfD als Einzige das Land retten könne. Dabei bedient er alle bekannten antimuslimischen Klischees, ohne wirklich auf die eigenen Anträge einzugehen – ein klassisch neurechtes Vorgehen, das die eigene Inhaltsleere durch krude Hetze und Verschwörungsdenken zu kaschieren sucht. Seine Ausführungen gipfeln in der Aussage, dass er soziale Interaktionen und Handlungen von Muslim*innen als durch die Kultur determiniertes *Verhalten* bezeichnet und diesem somit eine unabänderliche Qualität gibt, die in Essenz darauf ausgerichtet sei, Deutschland zu schaden.

Dass der Abgeordnete de Vries (CDU) der AfD lediglich ihre nicht konstruktive Art zum Vorwurf macht, aber ihr ansonsten zu verstehen gibt, inhaltlich nicht weit entfernt zu sein, bestätigt den bisher gewonnenen Eindruck: Die Unionsparteien bewegen sich im Integrationsdiskurs am rechten bürgerlichen Rand des politischen Spektrums. De Vries vertritt konsequent die Parteilinie von *bösen und guten Muslim*innen*. Dies bestätigt sich auch in der Rede seines Fraktionskollegen Marian Wendt (CDU), der im Kern kulturalistisch-exkludierende Sprechweisen und Bedrohungsszenarien über migrantisierte Jugendliche, antisemitische Palästinenser*innen sowie Muslim*innen als selbstverständliche politische Positionen artikuliert und sich damit strukturell auf einer Linie mit der AfD bewegt. Die Unionsparteien zeigen sich in der Integrationsdebatte als Hardliner, die das Primat der deutsch-nationalen Kultur und Identität affirmieren. Die parteipolitische Konkurrenz von rechts scheint dabei als Motor für eine beschleunigte Hinwendung zu konservativeren Positionen zu sein, wie nicht zuletzt der Wechsel an der Parteispitze nach den Bundestagswahlen 2021 zeigt.

Die Positionen der FDP in der Integrationsdebatte changieren zwischen programmatischer Linie und ausschließenden Sprechweisen, die sich insbesondere in der Figur des spezifisch muslimischen bzw. importierten Antisemitismus Bahn brechen. Zwar werden Muslim*innen gegen Diskriminierung in Schutz genommen, die muslimische Mittelschicht betont. Auch ist die FDP die einzige Partei, die wirk-

lich inhaltlich auf die Anträge der AfD eingeht. Dennoch kulminieren die beiden Reden von FDP-Abgeordneten in jovialem Duktus mit der Aufforderung, sich zu integrieren, den Antisemitismus hinter sich zu lassen. Zum wiederholten Male erscheinen Muslim*innen als Projektionsfläche für das politische System, das sich mit diesen Diskursen als »Freund« (Konstantin Kuhle) von Muslim*innen inszenieren kann, als wohlwollender Vater, der bei abweichendem Verhalten aber mit dem Entzug der Anerkennung droht.

Bei der SPD setzt sich der diskursive Fokus auf Ausschreitungen bei Palästina-Solidaritätskundgebungen angesichts der israelischen Bombardements des Gaza-streifens zunächst fort, wiewohl in gemäßigterem Ton. Damit wird Protest gegen eine völkerrechtswidrige Besatzung und deren gewalttätige Aufrechterhaltung durch den Fokus auf einige antisemitische Ausfälle als illegitim markiert. Die Kontextualisierung der Proteste und deren häufig pauschale Verurteilung im Rahmen einer Debatte zu Integration macht deutlich, dass sich der anti-Antisemitismusdiskurs als Instanz der identitären Selbstvergewisserung im politischen System beschreiben lässt. Er fungiert als Abspaltungsmechanismus für historische und aktuelle Antisemitismen in Deutschland.

Helge Lindh (SPD) und Ulla Jelpke von der Linken führen hingegen einen Diskurs, der antirassistisch, antifaschistisch und wissenschaftlich fundiert (Lindh) ist. Damit spiegelt der SPD-Abgeordnete die grobschlächtigen Bezugnahmen der AfD auf vermeintliche Wissensautoritäten aus dem akademischen Bereich und dekonstruiert Stück für Stück ihren Kulturrassismus. Darüber hinaus spiegelt er, wie auch die Grünen-Abgeordnete Irene Mihalic, das abwertende Verdikt der *Unintegriertheit des Islams*, indem er der AfD Unintegriertheit ins liberale System vorhält. Auch Mihalic fundiert ihre Zurückweisung der AfD-Behauptungen auf wissenschaftliche Quellen und geht somit ähnlich vor wie Lindh. Die Reden von Jelpke, Mihalic, Lindh weichen in unterschiedlicher Intensität am ehesten vom hegemonialen Integrationsdiskurs ab und bilden einen Gegenpol zur AfD und den Unionsparteien.

Zurückweisungen des Integrationsparadigmas in seiner individuenzentrierten Form gibt es kaum, vielmehr lassen sich in der Zusammenschau strukturelle Ähnlichkeiten im Mitte-Rechts/Rechts-Spektrum sowie im Mitte-Links-Spektrum feststellen, die ohne die AfD vermutlich breiter gestreut wären. Vorläufig zeigt sich, dass die Unionsparteien ihre ohnehin harte Linie in diesem Bereich diskursiv ausgebaut haben, wohl auch um der AfD rechtskonservative Wählermilieus abspenstig zu machen.

Die Kräfte der Mitte und links der Mitte beharren auf den Werten des liberalen Systems, setzen diskursiv in der Tendenz einen inklusiveren Ton, sind mit Ausnahmen (Lindh, Jelpke) jedoch weit davon entfernt, antirassistisch-postmigrantische Positionen zu vertreten, die ein deutsch-nationales Konstrukt aufheben.

4.4.3 Kulturangst

Anerkennung und Zugehörigkeit sind die wohl umstrittenste Dimension islampolitischer Auseinandersetzungen im politischen System. Durch den Einzug der AfD in den Bundestag haben diese nochmals an Schärfe gewonnen. Mehr noch: Die AfD positioniert sich ideologisch zwar als Alternative, die die Demokratie retten wolle. Die Analysen haben jedoch eindeutig aufgezeigt, dass die Partei ideologisch und programmatisch in der Islamfrage nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht.

Ihre programmatische Linie suchte sie folglich recht schnell im Bundestag zu verankern. Im ersten Jahr nach ihrem Einzug in den Bundestag provozierte sie mit einem Antrag, der in völliger Missachtung des Grundrechts auf freie Religionsausübung darauf abzielte, sogenannte »gesetzeswidrige Lehren« zu verbieten – ein verklausulierter Ausdruck für koranische und schariarechtliche Gebote und Regelungen, etwa im Erb- oder Familienrecht. Die folgende Debatte zeigte allerdings recht deutlich, dass die AfD auch bei diesem Antrag wohl eher darauf abzielte, den hegemonialen Sagbarkeitsraum zu erweitern. Substanzielle Inhalte waren bei der parlamentarischen Begründung des Antrags nicht auszumachen. Stattdessen hantierte der Abgeordnete Baumann (AfD) mit rassistischen Vorurteilen und unhaltbaren Forderungen.

Interessanter als der Antrag per se ist allerdings die Reaktion der übrigen Parteien darauf. Sie versuchen sich mithin als Anwält*innen von Muslim*innen in Deutschland, fallen aber allzu häufig auf rechtfertigende Argumentationsmuster zurück, die die guten Muslim*innen bzw. akzeptablen Teile des Islams in Schutz zu nehmen suchen gegen verfassungsfeindliche Inhalte. Es fällt dabei auf, dass das Wissen bei den Abgeordneten, was die Scharia eigentlich ist und welche Rolle sie für gläubige Muslim*innen spielt, kaum vorhanden ist. Diese Beobachtung deckt sich im Übrigen mit derjenigen von weiteren gesellschaftlichen Debatten, in denen häufig ohne Kenntnisse ritueller oder dogmatischer Regelungen islamischer Religiosität Dinge behauptet werden, um *Unzugehörigkeiten*, sogenannte *Integrationsprobleme* oder Ähnliches zu begründen. Manche Abgeordnete wollen in durchaus guter Absicht Islam und Scharia trennen (CSU), andere dichotomisieren Anstand und Scharia (SPD). Einzig die Abgeordneten Buchholz von der Linken und Polat von den Grünen kennen sich aus und können Richtiges zur Bedeutung der Scharia und der Koranexegese sagen.

Die am häufigsten zum Einsatz kommenden diskursiven Abwehrmanöver der bürgerlichen Parteien sind – ähnlich wie es bei der Debatte um Integration zu beobachten war – die Spiegelung sowie die Dekonstruktion von AfD-Positionen, etwa mit Verweis auf manche Bibelzitate (CSU, FDP) oder strukturelle Ähnlichkeiten zwischen AfD-Positionen zum Islam und dem Antisemitismus des 19. Jahrhunderts (Linke). Allerdings überrascht an mancher Stelle doch, dass die Abwehr eines ras-

sistischen Antrags nicht auf größeren Widerstand stößt. Einzig der Abgeordnete Brunner von der SPD geht auch rhetorisch auf Konfrontationskurs, zerreißt in einem symbolischen Akt den Antrag der AfD im Parlament und befasst sich in keiner Weise mit Islam und Muslim*innen in seiner Rede.

Während sich die FDP und die Mitte-Links-Parteien im Großen und Ganzen in der Ablehnung des Antrags einig sind, mit den üblichen Einschränkungen bezüglich Integration sowie den *Kampf gegen Terrorismus*, fallen die Unionsparteien durch übergroße Nähe zur AfD auf. Sie bedienen einen hegemonialen antimuslimischen Diskurs, indem sie auf Kollektivsymbole wie Scharia-Richter, *Scharia-Muslim*innen*, die Unzugehörigkeit von Teilen des Islams und die positive Betonung eines liberalen Islams abheben. Sowohl im zeitlichen Verlauf als auch was die inhaltliche Ausrichtung angeht, zeigen sich die Unionsparteien also als Scharnier zwischen bürgerlichem und neurechtem Lager mit großer diskursiver Durchlässigkeit nach rechts. Machtpolitisch stellt dies den Versuch dar, der AfD das Wasser abzugraben und nationalistische Milieus ideologisch zu bedienen – auf dem Rücken von Muslim*innen.

Somit entfaltet der Anerkennungsdiskurs insbesondere im politischen Spektrum rechts der Mitte seine identitär-machtpolitische Dimension, die darauf abzielt, auf diskursiver Ebene ein kulturell, politisch und sozial homogenes Deutschland zu kreieren, das die Souveränitätskämpfe Eingewanderter um Anerkennung negiert.

